

Zwei Jahre R2G

Erfolg für DIE LINKE

Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus hat DIE LINKE im Vergleich zur Wahl vor fünf Jahren ihren Stimmenanteil erhöht und damit die zweite rot-rot-grüne Landesregierung in Deutschland geschaffen. Katja Kipping sieht auch Chancen einer Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl im nächsten Jahr, um die anstehenden sozialen Probleme in Deutschland besser lösen zu können.

DIE LINKE muss dabei auf eigene Stärken setzen, wie das von Bernd Fundheller in seinem Vortrag zum Strategiepapier der LINKEN am 16. September auf der Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes dargestellt wurde. Es ist aber auch wichtig, neue Mitglieder für unsere Partei zu gewinnen. Dabei werden die Slogans im Postkartenformat hilfreich sein, junge Genossinnen und Genossen zu gewinnen, aber auch ehemalige SED-Mitglieder anzusprechen.

Linke Politik wirkt aber besonders vor Ort. Wenn die Menschen erkennen, wie unter rot-rot-grün in Thüringen Probleme angepackt und gelöst, statt ewig verschoben werden und wie sich linke Politiker aktiv engagieren, wird dies über kurz oder lang zum Erfolg führen.

Klaus Perlt

DIE LINKE muss die treibende Kraft bleiben (Seite 5)



Foto. Iler

Kriegen entgegentreten, Fluchtursachen beseitigen!

„Von deutschem Boden soll nie wieder ein Krieg ausgehen“ – das war der innige Wunsch und tiefe Überzeugung von Millionen Menschen nach der Befreiung vom Faschismus und dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Seit der Beteiligung an dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien ist Deutschland wieder aktiv an Kriegen beteiligt. Ohne UN-Mandat oder Bündnisfall bombardierte die NATO ab dem 24. März 1999 Jugoslawien. Eine Rot-Grüne Regierung führte die deutsche Armee zum dritten Mal innerhalb eines Jahrhunderts auf den Balkan. Besonders Joschka Fischer prägte den neuen außenpolitischen Stil. „Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder

Auschwitz.“ (Joschka Fischer 7.4.99). Jede Menschenrechtsverletzung (auch eine von Geheimdiensten erfundene) kann als ein drohendes Auschwitz gedeutet werden, jeder „feindliche“ Politiker zum „neuen Hitler“ erklärt werden.

Eine weitere Verschärfung der deutschen Außen- und Kriegspolitik ereignete sich im Zuge des Afghanistankriegs 2001. Peter Struck (SPD, ehem. Verteidigungsminister) leitete 2004 mit dem Satz „Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt“ die nächste Eskalation deutscher Kriegspolitik ein. Eine Beteiligung an einem Krieg, egal wo auf dem Planeten, wird durch das vermeintliche Supergrundrecht auf Sicherheit gerechtfertigt. Gleichzeitig sind es jedoch

DIE LINKE.

FRAKTION IM STADTRAT GOTHA

Blumenbachstr. 5, 99867 Gotha
Telefon 03621 / 85 61 62
Telefax 03621 / 85 61 64

stadtratsfraktion@die-linke-
gotha.de
www.die-linke-gotha.de

DIE LINKE.Stadtratsfraktion Gotha Blumenbachstr. 5, 99867 Gotha

An
Stadtverwaltung Gotha
Herrn Oberbürgermeister Kreuch

99867 Gotha

28.09.2016

**Anlage zum Antrag der Fraktion DIE LINKE.
Stellungnahme der Stadt Gotha im Rahmen des Anhörungsverfahrens auf Erteilung der
Liniengenehmigungen der Linien der Thüringerwaldbahn und Straßenbahn GmbH**

der Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Gotha beauftragt die Verwaltung eine Stellungnahme zum o.g. Anhörungsverfahren vorzubereiten. Vorbehaltlich der Antworten auf unsere Anfrage legen wir Ihnen hiermit einen Entwurf vor, der aus Dringlichkeit vom Stadtrat in seiner heutigen Sitzung geprüft und verabschiedet werden sollte.

Wortlaut der Stellungnahme:

Der Stadtrat der Stadt Gotha nimmt zum oben genannten Anhörungsverfahren wie folgt Stellung:

1. In seiner Sitzung am 02.09.2015 fand das Integrierte Stadtentwicklungskonzept ISEK Gotha 2030+ incl. dem Verkehrsentwicklungsplan 2030+ die ungeteilte Zustimmung der Stadträte. In diesem Konzept wurden Handlungsfelder für eine umweltverträgliche, energieeffiziente und Klima angepasste Stadt festgelegt, das im Dialog mit der Bürgerschaft und der Stadtpolitik in interdisziplinären Strukturen entwickelt wurde. Die Thüringerwaldbahn und Straßenbahn GmbH (TWSB) ist ein voll elektrisches Verkehrsmittel mit guter ökologischer Bilanz. Für dieses Unternehmen wird eine bewährte Infrastruktur – Gleisanlagen, Haltestellen u.a. - vorgehalten und erweitert. Durch den Einsatz von Fördermitteln des Freistaates in die Infrastruktur der TWSB konnte in der Stadt Gotha mancher verkehrstechnische Mißstand behoben werden.
2. Der Antrag der Firma Steinbrück, Omnibusbetrieb und Reisebüro, sieht Veränderungen der Linienführung vor, die bauliche Veränderungen sowohl in Bezug auf die Straßen (Bsp. Waltershäuser Straße und Anger in Sundhausen) als auch in Bezug auf die Haltestellen nach sich ziehen würden, die auch die Stadt Gotha betreffen. Gut ausgebaute Gleisanlagen und Haltestellen sowie weitere mit Fördermitteln des Freistaates geplante Investitionen stehen dem entgegen.
3. Die Thüringerwaldbahn und Straßenbahn GmbH stellt als traditionelles Verkehrsmittel ein touristisches Markenzeichen mit Alleinstellungsmerkmal der Region dar und ist im Landkreis Gotha als schnelle Verbindung zwischen den Städten Gotha, Friedrichroda, Waltershausen und der Gemeinde Tabarz unabdingbar. Sie bringt viele Besucher in die Stadt. Sie gehört kurz gesagt zu Gotha.

Aus genannten Gründen stellen sich die Mitglieder des Stadtrates Gotha hinter die Thüringerwaldbahn und Straßenbahn GmbH. Sie befürworten ausdrücklich den Antrag der Thüringerwaldbahn und Straßenbahn GmbH vom 23.08.2016 auf Wiedererteilung von Genehmigungen zur Durchführung von Linienverkehren gem. § 42 Personenbeförderungsgesetz (PbefG) und lehnen den Antrag der Firma Steinbrück auf Liniengenehmigung ab.

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. bitten aus sachlichen Gründen um Ihre Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen
Bernd Fundheller, Fraktionsvorsitzender

Kriegen entgegentreten, Fluchtursachen beseitigen!



Ostermarsch in Ohrdruf, 2016. Foto: J. Thier-Ueltzen

diese Kriegsbeteiligungen, die Fluchtursachen schaffen und die den Flüchtenden Deutschland als sicheren Zufluchtsort präsentieren. Nicht zuletzt führen solche Kriegsbeteiligungen zu weniger Sicherheit, weil der Kriegsakteur auch im eigenen Land Ziel internationaler Terrororganisationen wird.

Aktuell treiben vor allem die CDU-Verteidigungsministerin von der Leyen und Bundespräsident Gauck die Debatte um Kriegseinsätze voran. Die zukünftige Waffe wird die Kampfdrohne sein. Die Entwicklung einer europäischen Kampfdrohne ist beschlossene Sache. Bis dahin setzt die Verteidigungsministerin auf die israelische Kampfdrohne Heron TP. Mit Slogans wie „Deutschland muss bereit sein, mehr zu tun.“ soll die Bevölkerung darauf vorbereitet werden, die militärische Option als Selbstverständlichkeit wahrzunehmen. Deutschland will eine führende Rolle in der NATO einnehmen. Dieser Anspruch soll durchgesetzt werden, obwohl die NATO sich entgegen der Absprachen

im Rahmen der Wiedervereinigung nach Osten ausgedehnt hat und heute direkt an den Grenzen von Russland steht.

De Maizière stellt ein Zivilschutzkonzept vor, das die Empfehlung zur Vorratshaltung enthält. Die Bundeswehr wird intensiv beworben, durch Waffenschauen, in Schulen und mit großen Werbekampagnen. All dies führt zu einer schleichenden Gewöhnung an die Militarisierung.

„Um diese mörderische Entwicklung zu bremsen und umzukehren, reicht es nicht, die Kriegsbeifürworter an der Wahlurne abzustrafen. Die Menschen müssen ihren Protest auf die Straßen und Plätze tragen und so Druck auf die Regierung und Parlamente aufbauen.“ so die Abgeordnete Scheringer-Wright.

Krieg beginnt hier! Den Übungsplatz Ohrdruf schließen! Seit Jahren kämpfen Friedensaktivisten und Mitglieder der Partei DIE LINKE. darum, den Übungsplatz Ohrdruf stillzulegen und nach über 100 Jahren endlich friedlich zu nutzen. Ende 2013 wurde das Gelände zum Standort-

übungsplatz herabgestuft und erste Überlegungen zur zivilen Nutzung nahmen Gestalt an. Ein Konversionskonzept für die Flächen liegt vor und vergammelt in den Schubladen der Verantwortlichen.

Am 9.8.2016 besuchte die Verteidigungsministerin den Übungsplatz, sie gab ein Standortbekenntnis ab und stellte 8 Mio. Euro zur Verfügung. Die Abgeordnete Johanna Scheringer-Wright kritisiert von der Leyen scharf: „Das ist eine klare Ansage, den Übungsplatz wieder aufzurüsten. Damit werden Ohrdruf und Gotha Teil der Aufrüstungsstrategie, damit Deutschland, wie von der Regierung und dem Bundespräsidenten gefordert, endlich eine führende Rolle in der NATO einnehmen kann.“

Noch trainiert auf dem Übungsplatz das Aufklärungsbataillon 13 mit seinen Spähpanzern und den LUNA-Aufklärungsdrohnen. Die über 500 Soldaten bereiten sich auf Einsätze in Afghanistan und Mali vor. Nach der Anschaffung von bewaffneten Drohnen werden die Soldaten auf diesem Gelände möglicherweise den globalen Krieg per Joystick trainieren.

Im aktuellen Bundeshaushalt steht der Posten Verteidigung an zweiter Stelle. Jeder zehnte Euro fließt in die Armee. Bis 2020 soll der Wehretat von 34 Mrd. auf 39 Mrd. Euro ansteigen. Auf dem Nato-Gipfel 2014 in Wales wurde beschlossen, die Verteidigungsausgaben auf 2 % des BIP der Mitgliedsländer zu erhöhen, das entspräche etwa 60 Mrd. Euro/Jahr. Dazu die Angeordnete: „Diese Mehrausgaben werden an anderer Stelle eingespart. Und schlimmer noch, es droht ein neuer Rüstungswetlauf und die vollständige Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Dem gilt es sich entgegenzustellen! Waffenexporte verbieten! Raus aus der NATO!“

**Johanna Scheringer-Wright
und Joachim Thier-Ueltzen**

Die Erziehung Europas

Ohne Rücksicht auf die Folgen fahren wir fort, Europa zu erziehen. Wir haben den Erzieherposten nun schon seit mehr als 125 Jahren inne. Man hat ihn uns nicht angetragen, wir haben ihn einfach übernommen. Wir sind angelsächsischen Geblüts. Im letzten Winter, beim Bankett der Organisation, die sich

**Trefflich
formuliert**

„Ende-der-Welt-Klub“ nennt, verkündete der Vorsitzende, ein hoher Offizier im Ruhestand, laut und nachdrücklich: „Wir sind angelsächsischen Geblüts, und wenn der Angelsachse etwas ha-

ben will, nimmt er es einfach.“ Dieser Ausspruch rief brausenden Beifall hervor. Es waren etwa flüfundsiebzig Zivilisten und flüfundzwanzig Angehörige des Heeres und der Marine anwesend. Diese Leute brauchten fast zwei Minuten, um ihre stürmische Bewunderung für diesen großartigen Kernspruch abzureagieren. **Quelle: Mark Twain: Autobiografische Schriften (1909), Aufbau Verlag, Berlin 1984, S. 276.**

Gemeinsamkeiten an Ilm und Apfelstädt

PRESSEINFORMATION

Linke KommunalpolitikerInnen sprechen sich für gemeinsamen Landkreis Ilm-Kreis/Gotha aus

Am Sonnabend, 24.9.2016, trafen sich in Mühlberg 30 Gemeinde- und Stadträte sowie Kreistagsmitglieder mit dem Mandat der LINKEN aus Gotha und dem Ilm-Kreis. Thema war die anstehende Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform in Thüringen. „Der Zug ist längst los gefahren und als LINKE wollen wir mitbestimmen, in welche Richtung dieser Zug fährt“, waren sich alle Teilnehmer*innen einig.

Die Landkreise Gotha und Ilm-Kreis haben bereits jetzt vielgestaltige Gemeinsamkeiten. Beide Landkreise verfügen über eine gute wirtschaftliche Infrastruktur, sie bieten für die Menschen gute Arbeits-, Wohn- und Erholungsmöglichkeiten sowie hervorragende Kulturangebote. Ausgehend von einer zentralen Lage in Deutschland und in Thüringen können beide auf eine gute verkehrstechnische Erschließung verweisen. Die Landkreise bilden gemeinsam einen Bundestagswahlkreis, liegen in der Zuständigkeit der gleichen Landespolizeidirektion und des Sozialgerichts in Gotha. Seit Jahren arbeiten beide erfolgreich an einem gemeinsamen regionalen Entwicklungskonzept. Es ist offensichtlich: Zwischen den beiden Landkreisen gibt es sehr viel Verbindendes.

Für DIE LINKE sind aber auch weitere Themen, die sich aus der gemeinsamen Geschichte ergeben, bedeutsam. Dazu gehören insbesondere die Schließung und im Weiteren friedliche Nutzung des Standortübungsplatzes Ohrdruf (Stichwort Konversion), konsequenter Antifaschismus, die Entwicklung eines gemeinsamen Kulturkonzeptes und die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein starkes wirtschaftliches Umfeld, ein traditionsreicher Kulturraum, eine weithin intakte Naturlandschaft verbunden mit einer leistungsfähigen, an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichteten Verwaltung werden den Menschen Sicherheit und Perspektive geben. Eine Fusion der beiden Landkreise wird sich, über die dann bestehende Kreisgrenze hinaus, positiv auf die Entwicklung in Thüringen auswirken und weit über die Mitte Thüringens hinaus Strahlkraft entwickeln. Die Stärke dieses neuen Landkreises kann und wird die soziale Sicherheit der Menschen berücksichtigen.

Die Gemeinden und Städte der beiden Landkreise sollten alle Möglichkeiten ergreifen, um in der Freiwilligkeitsphase der Reform zukunftsfähige Strukturen zu bilden. Denken und handeln über den eigenen Ortsrand hinaus ist längst überfällig und bieten Chancen, die es nun zu nutzen gilt. Im Dezember werden sich LINKE-Kommunalpolitiker*innen der beiden Landkreise erneut treffen. Dann sollen erste Erfahrungen bei der Umsetzung der neuen Strukturen im Mittelpunkt stehen und Fragen der Funktionalreform auf Landkreisebene diskutiert werden.

DIE LINKE.Gotha
stellv. Kreisvorsitende
Vera Fitzke
Blumenbachstr. 5
99867 Gotha
www@vera-fitzke.de

DIE LINKE.

im Kreistag Gotha

99867 Gotha, Blumenbachstraße 5, Fon: 03621/85 61 62 | 85 61 66

Fax: 03621/85 61 64 | Vera Fitzke (V.i.S.d.P.)

Bundestagswahl wird vorbereitet

In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kreisverbände Gotha und Ilmkreis am 24.9.2016 in Mühlberg haben wir uns auf folgende Vorbereitungsschritte für die Bundestagswahlen verständigt:

Beide Kreisverbände rufen im November bzw. Dezember Mitgliederversammlungen

ein. Die für Gotha findet am 25.11.16 um 15 Uhr im Club „Galletti“, Gotha, Judenstraße 44 statt. Ein Tagesordnungspunkt wird die Wahl der VertreterInnen für die Aufstellungsversammlung im Bundestagswahlkreis 192 sein. Die Vorstände haben beschlossen, dass der einheitliche Schlüssel 1:10 sein soll. Das heißt, pro zehn Mitgliedern im Kreisverband soll ein/e TeilnehmerIn für die Vertreterversammlung gewählt werden. In dieser Mitglie-

derversammlung sollen auch unsere fünf Mitglieder zur besonderen VertreterInnenversammlung des Landesverbandes zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2017 gewählt werden. Die gemeinsame VertreterInnenversammlung wird für den 18.1.2017 nach Mühlberg einberufen. Dort soll unsere Direktkandatin für den Bundestagswahlkreis gewählt werden. Die LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste findet am 5.3.2017 in Bad Langensalza statt.

Das hausgemachte Paradoxon

Wenn Linke Linke überwachen lassen – von Anfang an am Ende?

Nach dem Auffliegen der Verstrickungen des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz in das NSU-Netzwerk, das mindestens zehn Morde auf dem Gewissen hat, kämpfte insbesondere DIE LINKE für die Auflösung des Verfassungsschutzes. Im Wahlprogramm für die Landtagswahl 2014 war dies eine klare Forderung.

Nach der Landtagswahl war diese Forderung in den Koalitionsverhandlungen jedoch nicht durchgesetzt worden. Die drei Parteien DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen einigten sich stattdessen darauf, die Struktur des Verfassungsschutzes zu ändern, Verbindungsleute (V-Leute) abzuschalten und keine anderen anzuwerben. Als einzige Ausnahme wurde diskutiert, im Falle einer Terrorgefahr V-Leute einsetzen zu dürfen, jedoch nur unter der Bedingung, dass der Ministerpräsident direkt in die Entscheidung eingebunden würde. Im Koalitionsvertrag heißt es weiter „Künftig sollen Personen nicht mehr allein aufgrund ihrer politischen, religiösen und/oder weltanschaulichen Auffassungen zum Gegenstand grundrechtseinschränkender Maßnahmen gemacht werden“. Das Amt für Verfassungsschutz wurde per Gesetz in das Ministerium für Inneres und Kommunales eingeordnet.

Liest man den Thüringer Verfassungsschutzbericht 2014/15, dann muss man mit Erschrecken feststellen: in der Überwachung und der Darstellung der Beobachtungsergebnisse hat sich kaum etwas geändert seit der Regierungsübernahme durch rot-rot-grün. Im Gegenteil, trotz zunehmender Gewalttaten und Brandstiftungen, die alle der neofaschistischen und rechten Szene zuzuordnen sind, werden unter linksgeführter Regierung weitere Teile der Partei DIE LINKE, die Rote Hilfe und viele antifaschistische Gruppen und Bündnisse, sowie kommunistische und marxistische Parteien überwacht, die alle gegen rechts aktiv sind und die Zivilgesellschaft stärken.

Insbesondere die Erwähnung der Kommunistischen Plattform (KPF), der größten anerkannten Landesarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE.Thüringen im Kapitel „das linksextremistische Personenpotenzial“ als „mitgliederstärkster, offen extremistischer Zusammenschluss der Partei DIE LINKE“ im Verfassungsschutzbericht stellt einen besonderen Skandal dar. Unter Führung eines linken Ministerpräsidenten lässt die rot-rot-grüne Landesregierung also Mitglieder der stärksten Koalitionspartei überwachen. Dies fügt der Demokratie in Thüringen, der Glaubwürdigkeit der rot-rot-grünen Regierungskoalition und noch mehr der Glaubwürdigkeit der Partei DIE LINKE schweren Schaden zu. Denn in dieser

Koalition stellt DIE LINKE.Thüringen mit 28 Abgeordneten die größte Fraktion im Koalitionsbündnis. In der SPD-Fraktion sitzen nach dem Übertritt eines ehemaligen AfD-Abgeordneten trotzdem nur 13 und bei Bündnis 90/Die Grünen sechs Abgeordnete.

Auf dem jüngsten Thüringer Landesparteitag am 5. November 2016 brachte die Kommunistische Plattform, viele Einzeldelegierte und weitere Parteimitglieder einen Antrag ein, der



den Ministerpräsidenten auffordert, hinsichtlich der Erfassung, Beobachtung und Überwachung von Teilen der Partei DIE LINKE durch das Amt für Verfassungsschutz von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen und diese Erfassung, Beobachtung und Überwachung sofort zu beenden. In einem harten Ringen wurde letztendlich ein durch Mitglieder des Landesvorstandes eingebrachter Antrag verabschiedet, der den linken Ministerpräsidenten und die linken MinisterInnen aus der Pflicht entlässt und der den Text des Koalitionsvertrages noch einmal beschließt.

Da stellt sich die Frage, warum es dem Landesvorstand der Partei DIE LINKE in Thüringen so wichtig ist, die linken Mitglieder der Landesregierung mit der prinzipiellen Frage der Überwachung durch Organe genau dieser Regierung nicht zu konfrontieren. Wird in dieser Regierung vielleicht doch nicht auf der so oft kolportierten „Augenhöhe“ agiert?

Oder gibt es neben der Frage des Militärs und der Bündnistreue mit der NATO noch anderes, was als Staatsräson gilt und der sich unterwerfen muss, wer in eine Regierung in Deutschland eintreten will? Ist der Antikommunismus wirklich so stark und bundesdeutsche Staatsräson, dass linke Reformen sich dieser lieber widerstandslos unterwerfen und ihren eigenen Genossinnen und Genossen in den Rücken fallen, als sie in Frage zu stellen, obwohl sie sich auf eine klare Mehrheit berufen könnten?

Oder sind die linken Reformen, die sich bei Regierungsbildungen immer besonders engagieren und deshalb auch vorrangig in die

Verantwortung kommen, besonders anfällig dafür, Grundsätze über Bord zu werfen, um die eigenen Posten und die damit verbundene Anerkennung von den Koalitionspartnern unter allen Umständen zu behalten?

Machen sie sich etwas vor, um an ihrem Glauben an die Theorie des vor allem in Italien entwickelten Transformismo festhalten zu können? Merken sie nicht, wer dabei transformiert wird? Erinnern wir uns: um die Regierungsfähigkeit zu dokumentieren, verstieg sich Berlinguer, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), sogar zu der ideologischen Verrenkung, dass ein Austritt Italiens aus der NATO für den PCI nicht mehr erstrebenswert sei. Kommt einem das nicht bekannt vor, wenn man in der ZEIT vom 10.7.2016 als Zitat von Bodo Ramelow lesen muss: „Ich rate meiner Partei, an der NATO-Frage diese Koalitionsmöglichkeit nicht unmöglich zu machen“

Der traurige Fakt ist, dass trotz der innerparteilich geleisteten Aufarbeitung des Stalinismus, gerade unter einem linken Ministerpräsidenten Genossen – sogar aus der eigenen Partei – unter Überwachung stehen. Und dies während gleichzeitig – frei nach Orwell – ständig von Demokratie und von Aufarbeitung von in der DDR geschehenen Unrechts gesprochen wird. Oder ist die mit der Überwachung verbundene Diskreditierung von frei denkenden, linken Köpfen gar gewollt? Geht es in Wirklichkeit also um ganz andere Werte und um die Unterwerfung unter eine Rason, die den Kapitalismus erhält und mit der sich an eine Regierungsbeteiligung angedient wird?

Gleichwohl, die Lösung kann für LINKE nicht sein, dies der Thüringer Landesregierung, der Regierungskoalition und den Reformern durchgehen zu lassen und womöglich die Partei DIE LINKE zu verlassen und damit den linken Reformern die Ressourcen der Partei DIE LINKE zu überlassen. Denn die linken Reformen werden diese Ressourcen nur dazu verwenden um die Partei DIE LINKE und die mit dieser Partei verbundenen Hoffnungen zugrunde zu richten. Genau dies war nämlich das Ergebnis des Transformismo in Italien: das Ende einer kommunistischen Partei, die einmal über ein Drittel aller italienischen Wähler auf sich vereinen konnte.

Es muss uns LINKEN darum gehen, unsere im Parteiprogramm dargelegten Grundsätze in der Partei zu verteidigen und über Parteigrenzen hinweg mit den vorhandenen Ressourcen grundsätzlich antikapitalistische, soziale und ökologische Politik in der Gesellschaft zu verbreiten und deutlich zu machen, dass eine andere Welt möglich ist.

Johanna Scheringer-Wright

Danke Fidel für Dein Lebenswerk



Quelle: <https://pixabay.com/de/>

Wenn man wissen will, was die Menschen in Cuba unter Führung von Fidel Castro geleistet haben, sollte man zwei Vergleiche anstellen.

1. Man sollte sich anschauen wie die Lage der Bevölkerung im östlichen Nachbarland Haiti und im westlichen Nachbarland Mexiko ist. Haiti ist eines der ärmsten Länder der Welt, korrupt, zerstört und de facto ohne Regierung. Die Wirbelstürme, die Haiti heimsuchen, verwüsten auch immer wieder Cuba. In Cuba jedoch klappt aufgrund des solidarischen Gesellschaftssystems sowohl die Prävention wie auch der Wiederaufbau. Mexiko auf der anderen Seite ist im Terrorgriff der Mafia, Millionen Menschen werden erpresst und leben in Armut, die Polizei vertuscht Verbrechen, wie zum Beispiel das an Dutzenden verschwundenen Studenten. Woche für Woche mahnen Mütter mit den Bildern ihrer verschwundenen Kinder und fordern Aufklärung.

2. Im Entwicklungsbericht der Vereinten Nationen z.B. von 2007 und 2008 wird dokumentiert, dass Cuba zu den Ländern der Erde mit dem höchsten Entwicklungsindex gehört („human development index“ der aus verschiedenen Durchschnittskriterien wie Kindersterblichkeitsrate, Durchschnittsalter, Bildungsstand etc. gebildet wird) und gleichzeitig einen der niedrigsten ökologischen Fußabdrücke (Anzahl der Hektare die gebraucht werden, um den durchschnittlichen Lebensstandard pro Kopf zu gewährleisten) hat. Daran zeigt sich wie nachhaltig das System in Cuba ist.

Trauerfeier für den Comandante vor der kubanischen Botschaft in Berlin

Der Zaun der kubanischen Botschaft war mit Blumen geschmückt, Kerzen brannten, jemand hatte ein Schild mit der Aufschrift „Gracias Fidel“ angebracht. Fast einhundert Kubafreunde hatten sich am 26. November 2016 in stillem Gedenken am Eingang der Botschaft versammelt. Sie wollten Abschied nehmen von einem standhaften Revolutionär, einem großen Internationalisten und einem vor allem in Lateinamerika und in den Ländern des globalen Südens hochverehrten Staatsmann. Fidel Castro war die Führungspersönlichkeit der kubanischen Revolution, sein Name ist zudem eng verbunden mit dem Integrationsprozess auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

All jene, die sich für Unabhängigkeit, Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen, verneigen sich in tiefer Trauer vor Fidel Castro. Die kubanische Revolution war und ist ein Beleg dafür, dass eine bessere Welt als gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus möglich ist und erkämpft werden kann. Und es ist genau dieses Beispiel, das den Mächtigen dieser Welt Angst macht: das Beispiel eines kleinen Landes, das sich gegen übermächtige Gegner behauptet, ein Land, das seinen Prinzipien treu bleibt und souverän seinen eigenen Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus geht.

Wer Fidel Castro war, schreibt André Scheer in der „Jungen Welt“, lässt sich leicht beantworten, wenn man sich anschaut, „wer um den

langjährigen kubanischen Präsidenten trauert und wer seinen Tod bejubelt“. Nachdem die Agenturen die Nachricht von Fidels Tod verbreitet hatten, ließen die antikubanischen Kräfte in Miami die Sektkorken knallen, der künftige US-Präsident Trump beeilte sich zu verkünden, die erreichten Verbesserungen in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba wieder rückgängig zu machen, und die bürgerlichen Medien betonten in ihren Berichten immer und immer wieder ihre Kritik am kubanischen Gesellschaftsmodell, bezeichneten den Verstorbenen sogar als „Machtpolitiker“ „Tyrann“ und „Diktator“. Und in der Stunde der Trauer schmerzt es ganz besonders, wenn Menschen, die sich politisch links verorten, in tiefer Unkenntnis die Beleidigungen, Plattheiten und Lügen der bürgerlichen Meinungsmacher einfach nachplappern.

Die Mitstreiterinnen und Mitstreiter der AG Cuba Sí trauern um den Comandante en Jefe. Der Tod Fidels wird die Aktivistinnen und Aktivistinnen der Solidaritätsgruppen in Deutschland, Europa und international noch enger zusammenschweißen und die Solidaritätsarbeit für das sozialistische Kuba und den Kampf für eine bessere Welt fortsetzen.

Bei der spontanen Trauerfeier für Fidel vor der kubanischen Botschaft in Berlin versicherte der kubanische Botschafter in der Bundesrepublik, René Mujica Cantelar, den Anwesenden, sein Land werde prinzipientreu den Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus weitergehen. Danke Fidel für Dein Lebenswerk! Hasta la victoria siempre!

AG Cuba Sí

Johanna Scheringer



Foto: W. Möller

Wir brauchen eine radikale und neue Friedenspolitik

**Gedanken von Katja Kipping,
Vorsitzende der Partei DIE LINKE,
zum Antikriegstag**

Kriegerische Konflikte greifen auf der gesamten Welt um sich und sind noch immer die Hauptfluchtursache für all diejenigen, die ihre Heimat verlieren und gezwungen werden, in anderen Ländern Schutz und Sicherheit zu finden.

Besonders erschütternd ist der Krieg in Syrien und auch im Irak, der für die größte Flüchtlingskatastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich ist. In Syrien terrorisiert nicht nur ein autoritäres Regime seine eigene Bevölkerung und kämpft zugleich gegen den Terror von vorwiegend radikalreligiösen islamistischen Rebellen, die ihrerseits an vielen Orten eine Schreckensherrschaft errichtet haben. Besonders Frauen und religiöse Minderheiten, wie die Jesiden, werden Opfer dieser menschenverachtenden Gewalt. Auch alle Großmächte versündigen sich an den Menschen in Syrien. Ich möchte hier besonders an die Belagerung der oppositionellen Stadtviertel in Aleppo erinnern, deren Bewohnerinnen und Bewohner einer unaufhörlichen Bombardierung durch die syrische und russische Luftwaffe ausgesetzt sind.

Es ist wirklich eine tiefe Schande dieser Zeit, dass es der internationalen Staatengemeinschaft nicht gelingt, diesen grausamen Krieg in Aleppo zu unterbrechen und der notleidenden Bevölkerung die dringend benötigte Hilfe zukommen zu lassen. Hinzu kommt jetzt die neuerliche Eskalation durch die türkische Armee, die mit

deutschen Panzern in Nordsyrien einmarschiert ist und mit ihren islamistischen Milizen die kurdische Autonomiezone angreift. Damit beginnt mit US-amerikanischer Beihilfe der NATO-Partner Türkei einen offenen Krieg gegen jene Frauen und Männer, die unter großen Verlusten der

eine radikale und neue Friedenspolitik, die sich nicht an den wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen der Groß- und Regionalmächte orientiert, sondern die sich gleichermaßen auf das Völkerrecht, wie auf die globalen sozialen Bewegungen für Freiheit, Gleichheit und Demokratie bezieht. Ein Ausgangspunkt dieser Friedenspolitik muss die Zivilisierung der Politik im eigenen Land sein. Insofern gilt es gegen weitere Kriegseinsätze und gegen die weitere Militarisierung der deutschen sowie europäischen Außenpolitik zu kämpfen. Also „Fight local, think global“.

Eine neue internationalistische Friedensbewegung muss auch für faire Welthandelsbeziehungen streiten. Denn nur dort, wo eine gesellschaftliche Entwicklungszukunft besteht, ist ein wirklicher Frieden erst möglich. Nur eine solche Perspektive kann längerfristig eine tatsächliche Sicherheit für alle und nicht nur wenige, für Reiche und Privilegierte schaffen. Radikal oder gar unrealistisch ist an dieser Vorstellung absolut nichts. Im Gegenteil: Unrealistisch ist die

Vorstellung, wir könnten einfach so weiter machen.

Mit diesen Gedanken in Kopf setze ich mich heute für das Ende aller Kriege ein. Die Menschen in Syrien brauchen sofort ein Ende aller Kämpfe. Was sonst? Die Bombardierung von Aleppo muss aufhören, die Türkei muss sich militärisch aus Syrien zurückziehen. Die zahlreichen Einflussstaaten müssen ihre Milizen zurückziehen und der Waffenstrom nach Syrien muss beendet werden. Der deutsche Bundeswehreinsatz in der Türkei gehört sofort aufgekündigt. „Nur die Toten haben das Ende des Krieges gesehen.“ (Platon)



Grafik "Full Circle" von www.nottsantimilitarism.wordpress.com

Terrorgruppe des „Islamischen Staates“ erfolgreich die Stirn bieten und mit ihrem Widerstand für die Möglichkeit eines demokratischen, multiethnischen und multikonfessionellen Syrien eintreten.

DIE LINKE als Friedenspartei sollte daher sowohl auf das Ende aller kriegerischen Konflikte – besonders in Syrien – drängen, als auch beginnen, diese neue Form der scheinbar ausweglosen und nicht endenden Kriege mit unterschiedlichen staatlichen, nichtstaatlichen und internationalen Kriegsparteien neu zu verstehen, um auch zukunftsweisende Antworten geben zu können. Wir brauchen

DIE WAFFEN NIEDER!
Kooperation statt NATO-Konfrontation
Abrüstung statt Sozialabbau



DIE LINKE.

Tödliche Logik des deutschen Militarismus



Unübersehbar hebt der deutsche Militarismus wieder sein hässliches Haupt, immer selbstbewusster und lauter fordern seine Lobbyisten mehr Einfluss. In dem unter Federführung von Ursula von der Leyen verfassten „Bundeswehrweißbuch“ heißt es, Deutschland sei als „Impulsgeber“ bereit, angesichts der „zunehmenden internationalen Verantwortung unseres Landes“ auch bei Auslandseinsätzen „Führung zu übernehmen“. Dazu erwägt die Regierung erstmals, auch Bürger aus anderen EU-Ländern für die deutsche Armee zu rekrutieren – eine typisch deutsche und zynische Strategie.

Die letzte Hoffnung von Opfern deutscher Politik im krisengeschüttelten Europa wie in Griechenland oder Portugal wäre das Risiko, für Deutschland zu sterben. Während sich das „Weißbuch“ wie eine Legitimation für neue Auslandseinsätze und eine Aufrüstung der Bundeswehr liest, will es der Bundeswehr auch eine gewichtigere Rolle bei Sicherheitskonzepten in Deutschland zuweisen. So soll die Tür für Bundeswehreinsetze im Inneren geöffnet werden. Nur zehn Tage nach der Veröffentlichung wurde nach dem schrecklichen Attentat in München im Juli eine Feldjäger-Einheit der Bundeswehr in Bereitschaft versetzt. Doch es gab dort keinen inneren Notstand, der einen Einsatz nach dem Grundgesetz gerechtfertigt hätte. Die Bundeswehr aber ignoriert das und plant bereits eine erste Stabsübung zum Einsatz im Inneren noch in diesem Jahr.

Schritt für Schritt sollen die gesetzlichen Grenzen, die der Bundeswehr im Inneren aufgrund der Erfahrung des Faschismus gesetzt sind, gelockert werden. Doch es ist nicht nur die drohende Aufweichung des streng reglementierten Einsatzes der Bundeswehr im Inneren, auch die Gefahr durch Rüstungsexporte wächst erneut an. Entgegen der Ankündigung, sie herunterzufahren, sind die Rüstungsexporte im ersten Halbjahr 2016 um 500 Millionen Euro gestiegen. Dabei redet die große Koalition immer wieder davon, Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen. Mit der Genehmigung von mehr Rüstungsexporten konterkariert sie ganz offen ihre eigenen Aussagen, denn die Hauptursachen sind immer noch bewaffnete Konflikte. Die deutsche Rüstungsexportpolitik bleibt ein Desaster, das den gesetzlichen Grundlagen und po-

litischen Leitlinien eklatant widerspricht und Menschen weiterhin dazu zwingt, ihre Heimatländer zu verlassen.

Die immer wieder ins Feld geführte Arbeitsplatzfrage in der Rüstungsproduktion ist eine fadenscheinige Ausrede. Mit ihren Beschäftigungsalternativen hat DIE LINKE längst gezeigt, dass ein von ihr gefordertes Verbot aller Rüstungsexporte ohne den Verlust von Arbeitsplätzen umgesetzt werden kann. Dazu gehört die konsequente Umstellung von Rüstungsbetrieben auf die Produktion von zivilen Gütern. Ein solcher Umbau könnte auch gleich die Forderung nach guter Arbeit in die Praxis umsetzen. Als Argument für Auslandseinsätze wird immer stärker der Einsatz gegen „Terror“ ins Feld geführt. Dabei belegt der Blick auf den 2001 vom damaligen US-Präsidenten George W. Bush ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ eine verheerende Bilanz. Die Organisation IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) zählt nach zehn Jahren „Krieg gegen den Terror“ bis zu zwei Millionen Tote als Konsequenz.

Im Gespräch mit dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestags sprach eine IPPNW-Delegation von einem massiven Menschenrechtsproblem, das beendet werden müsse. Angesichts dieser Entwicklung, erweiterter Kompetenzen der Bundeswehr, einer Zunahme von Auslandseinsätzen und steigenden Rüstungsexporten wird das Festhalten an einer konsequenten Friedenspolitik immer wichtiger. Und damit bleibt unser Grundsatz „Krieg darf kein Mittel der Politik sein“ auch weiterhin nicht verhandelbar.

Martina Renner



Erfolgreicher 8. Kindergipfel



Bastelstraße beim Sommerfest im Krügerpark Neudietendorf. Foto: W. Möller

In der Regelschule „Conrad Ekhof“ Gotha wurde Anfang September der 8. lokale Kindergipfel durchgeführt. Vertreter der Kreistagsfraktionen DIE LINKE., SPD/B'90-Die Grünen und CDU/FDP stellten sich in den Workshops den Fragen der Kinder und Jugendlichen. Dort durften sie sich mit von den Mädchen und Jungen selbst gewählten Themen auseinandersetzen. Die Fraktion DIE LINKE. bedankt sich ausdrücklich für die super Organisation des Kindergipfels unter Regie des Kreisjugendringes und die Unterstützung durch die Schulleitung der Conrad-Ekhof-Schule. Die Kinder und Jugendlichen haben sich exzellent auf die Themen vorbereitet und für eine sehr angenehme Atmosphäre und spannende Diskussionen in den Workshops gesorgt.

„Seid kreativ und bringt euch ein, Schule/Schulhof kann auch bunter sein!“

Dieser Workshop behandelte eine ureigene Aufgabe des Landkreises: die räumliche Gestaltung von Schule. Die Kinder und Jugendlichen machten darauf aufmerksam, dass die Schulen im Landkreis unterschiedlich ausgestattet sind. Dabei fordern die Schülerinnen und Schüler mehr Mitbestimmung bei der Gestaltung der Schulräumlichkeiten und Schulhöfe. Hier hatte die Fraktion DIE LINKE. bereits erste Ideen. Sie möchte flexiblere Budgets für Schule. Diese erhalten bislang ein Budget anhand der jeweiligen Schülerzahl, untergliedert in Verwaltungs- und

Vermögenshaushalt. Hier müsste es nach dem Willen der Linksfraktion ermöglicht werden, dass Gelder einfacher in den investiven Bereich verschoben werden können. Größere Investitionsmaßnahmen müssten in den Ausschüssen und im Kreistag diskutiert werden. Hierbei hoffen wir immer vor Vorschläge und Diskussionsbeiträge aus den Reihen der Schülerschaft, heißt es von der Linksfraktion. Konkret wurde die Situation am Schulstandort Mechterstädt von den Kindern und Jugendlichen angesprochen. Dem wollen die Fraktionäre der Linken nachgehen.

„Drogen findet man schon auf dem Markt, unser Körper klagt!“

Das Thema Drogen ist auch im Landkreis Gotha sehr ernst zu nehmen. Insbesondere die neue Designerdroge Crystal Meth zerstört nicht nur das Leben seiner Konsumenten, sondern ist auf für das noch ungeborene Leben extrem schädlich. Mehr Aufklärung fordern die Jugendlichen. In den Schulen wird ihrer Meinung nach das Thema Drogen zu wenig bis gar nicht beredet. Hier müsste dieses Thema verbindlich in den Lehrplan für Thüringer Schulen aufgenommen werden. Dies ist die zentrale Forderung an die Kreistagsmitglieder. Auch wenn Drogenpolitik nicht zum Aufgabenbereich des Kreistages zählt, kann doch über die politischen Parteien darauf hingewirkt werden, so der Konsens. Hilfesuchend soll sich an Bildungsministerin Birgit Klaubert gewandt werden. Die Linke-Fraktionvorsitzende Vera Fitzke

schlug zudem vor, Kontakt zum Bundestagsabgeordneten Frank Tempel aufzunehmen. Dieser beschäftigt sich auf Bundesebene mit Drogenpolitik und kann daher auch in den Schulen darüber genau berichten.

„Zeig Mut, rauchen tut nicht gut!“

Mit gesundheitsgefährdenden Stoffen beschäftigte sich ein weiterer Workshop: das Rauchverbot an Schulen soll konsequent durchgesetzt werden. Die Schülerinnen und Schüler berichteten, wie Lehrer und Schüler das Rauchverbot umgehen. Auch in Vorbereitungsräumen wird geraucht. Der Zigarettenrauch setzt sich in der Kleidung und ist dadurch auch im Klassenraum präsent. Dies trägt nicht zu einer lernfördernden Umgebung bei.

„Das Schulsystem ist mega Kacke, davon bekommen wir alle eine Macke!“

Die Kinder und Jugendlichen kritisieren den Föderalismus im Schulsystem und den dreigliedrigen Schulaufbau. Dabei klärten sie über die letzten Änderungen in den Schulen auf. Beispielsweise wurde das Sitzenbleiben in der Klassenstufe 7 abgeschafft, was die Schülerinnen und Schüler aus praktischen Erwägungen eher ablehnen. „Dies sei nachvollziehbar, aber wir brauchen ein Bildungssystem, welches die Frage nach Sitzenbleiben Ja oder Nein nicht stellt“, so Sebastian Schreiner (DIE LINKE.). Neue pädagogische Ansätze sollten auch in den öffentlichen Schulen stärker praktiziert werden.

„Fast Food ist out, Schule macht gesunde Ernährung draus!“

In den Workshops stellte sich heraus, wie unterschiedlich die Schulen im Landkreis sind. Dies gilt auch für die Mittagsversorgung. Mehr gesunde und regionale Produkte sollten angeboten werden, so die Forderung der Kinder und Jugendlichen. Süßigkeiten-Automaten sind dabei keine Alternative. Auch die Qualität der Mittagsversorgung müsste an einigen Schulen verbessert werden. Sebastian Schreiner (DIE LINKE.) schlug vor, dass es mindestens jährlich eine Umfrage zur Qualität des Schulessens geben müsste – teilweise werden schon regelmäßig solche Umfragen an Schulen durchgeführt.

Wie eine gute Sache, dennoch kaum Wirkung zeigt, sieht man am Schulobstprogramm der Europäischen Union. Letztlich wurde mehr Verwaltungskraft gebunden, um den bürokratischen Aufwand zu bewältigen, als dafür zu sorgen, dass flächendeckend Schulen versorgt werden.

Sebastian Schreiner

Thüringeti – naturverbundene Form der Landwirtschaft



Für größere Besuchergruppen auf der Thüringeti steht der Schulbus bereit. Foto: J. Thier-Uelzen

Am 5. August folgte der Kreisverband der LINKEN einer Einladung des Bürgermeisters von Crawinkel und Vorsitzenden der Agrar GmbH Crawinkel Heinz Bley, sich mit Mitgliedern der Partei und interessierten Bürgern ein Bild von nachhaltiger Landbewirtschaftung in der Thüringeti zu machen. Die Agrar GmbH Crawinkel ist ca. 2300 Hektar groß. Es werden

Freizeit- und Sportpferde gezüchtet und Bio-Rindfleisch erzeugt. Dabei stehen jeder Großvieheinheit etwa 2 Hektar Land zur Verfügung, während in der intensiven Landwirtschaft von dieser Fläche vier Rinder oder Pferde ernährt werden. Durch Renaturierungsmaßnahmen ehemaliger Feuchtwiesen am oberen Schillbach und Gestaltung der Standweiden durch die großen Pflanzenfresser werden Lebensräume für viele Pflanzen- und Tierarten geschaffen, die in der intensiven Landwirtschaft wenige Überlebenschancen haben.



Dorfschulze und erfolgreicher Thüringeti-Chef Heinz Bley. Foto: W. Möller

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Agrar GmbH, in der er sich in vielen Punkten zur Politik der rot-rot-grünen Landesregierung bekannte, kam es bei Kaffee und Kuchen zu einem interessanten Meinungsaustausch. Mit dem School Bus, gesteuert von Heinz Bley, wurde eine Exkursion in einen Teil der Thüringeti durchgeführt. Es war ein Erlebnis, Pferdeherden durch die weitläufige Landschaft galoppieren zu sehen. Tierherden unterschiedlicher Rassen waren zu bewundern. Herr Bley erläuterte, dass man auf der Thüringeti Galloways, Scottish Highlands, Deutsche Angus, Herefords, Heckenrinder, Koniks, Warmblutpferde, Esel, Schaf- und Ziegenherden sehen kann. Nach der Rundfahrt herrschte Einigkeit, dass einer Verbuschung des Geländes des Standortübungsplatzes Ohrdruf durch eine Beweidung entgegengewirkt werden könnte und es damit zu einer Zunahme der landschaftlichen Ästhetik kommen würde. Verbunden mit einer zivilen Nutzung dieses Hochplateaus wäre auch eine touristische Erschließung sinnvoll, um diese herrliche Landschaft auch für Besucher zugänglich zu machen.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei Herrn Bley für diesen interessanten Nachmittag, an dem es zu einem kreativen Meinungsaustausch kam, die Bewirtung und Rundfahrt durch einen Teil der Thüringeti (Richtung Gossel) bedanken.

Klaus Perlt



700 Mutterkühe, 250 Zuchtpferde, 900 Schafe und Ziegen sowie zahlreiche Esel sind ganzjährig auf den weiträumigen Weideflächen unterwegs. Foto: J. Thier-Uelzen

Erholungsort statt Schießplatz

Antrag an den Landesparteitag

Die Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes Gotha vom 16.09.2016 hat beschlossen, einen Antrag an den Landesparteitag einzureichen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Aufnahme in das Bundestagswahlprogramm:

Für die friedliche Nutzung militärischer Liegenschaften in der Bundesrepublik setzen wir uns dafür ein, dass ein Bundesprogramm für Konversion entwickelt wird. In diesem Programm sollte auch die friedliche Nutzung des Standortübungsplatzes (StÜP) Ohrdruf – ehemals Truppenübungsplatz (TÜP) Ohrdruf – enthalten sein.

2. Empfehlung an die Landtagsfraktion und die Minister der LINKEN in der Landesregierung

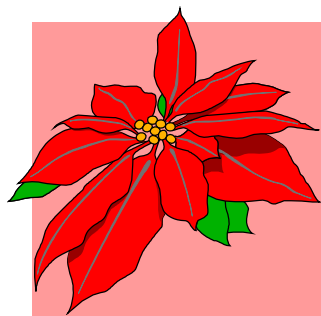
- I. Für die friedliche Nutzung militärischer Liegenschaften im Freistaat Thüringen setzen sich die Mitglieder der Landtagsfraktion sowie die Minister der LINKEN in der Landesregierung dafür ein, dass ein Landesprogramm für Konversion entwickelt wird. In diesem Programm sollte auch die friedliche Nutzung des Standortübungsplatzes (StÜP) Ohrdruf – ehemals Truppenübungsplatz (TÜP) Ohrdruf - enthalten sein.
- II. DIE LINKE.Thüringen empfiehlt, dass sich unsere Minister für eine Bundesratsinitiative zu einem Bundesprogramm für Konversion einsetzen.

Begründung:

Militärische Liegenschaften einer friedlichen Nutzung zuzuführen ist seit langem eine Forderung der Partei DIE LINKE. Konversion wie wir diese heute verstehen ist die Umwidmung aller bisher militärisch verwendeten Ressourcen für zivile Zwecke. Als Beispiel sei der Truppenübungsplatz Ohrdruf genannt. Dieser sollte nach 2011 keiner militärischen Nutzung mehr unterliegen. Doch dann wurde der TÜP umgewidmet in einen Standortübungsplatz. Soldaten üben mit Drohnen für den Einsatz in Afghanistan. Nach einem Besuch der Bundesverteidigungsministerin im August 2016, sollen für die weitere militärische Nutzung des Areals 8 Millionen Euro für Maßnahmen zur Modernisierung der militärischen Anlagen fließen. Aus unserer Sicht wäre dieses Geld besser angelegt, wenn die durch die militärische Nutzung des Geländes entstandenen Schäden in den Anrainergemeinden und an der Infrastruktur wieder instand gesetzt würden.

Für das Gelände liegt ein Konzept für die touristische und weidewirtschaftliche Nutzung vor.

Wir wollen einen naturnahen Erholungsort, in dem alternative Energien ebenso einen Platz haben wie der Naturschutz.



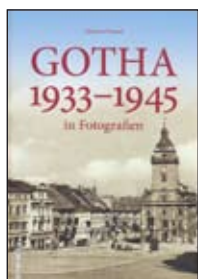
Wir gratulieren herzlich zum Geburtstag im Dezember

Willi Albrecht, Luisenthal; Peter Arlt, Gotha; Otto Beier, Tam- bach-Dietharz; Heinz Eberhardt, Gotha-Siebleben; Bernd-Helmut

Ernst, Gotha; Rudi Frank, Gotha; Walter Funk, Patriroda; Lieselotte Garz, Gotha; Anja Großmann, Hohenkirchen; Hartmut Hawel, Wandersleben; Ursula Hoene, Tabarz; Peter Kellner, Friedrichroda; Klaus Perlt, Wölfis; Alfred Pieper, Gotha; Siegfried Pytel, Döllstädt; Günter Steding, Waltershausen; Hartwig Wienck, Dachwig

Termine Januar 2017

10.01.	17:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung, Parteibüro
15.01.	10:00 Uhr	Liebkecht-Luxemburg-Demo, Berlin (U-Bhf. Frankfurter Tor)
18.01.	10:00 Uhr	Redaktionssitzung Klarsicht, Parteibüro
	18:00 Uhr	Vertreterversammlung, Mühlberg
23.01.	18:00 Uhr	Sitzung Stadtratsfraktion, Parteibüro
28.01.	10:00 Uhr	Bildungstag, Elgersburg
30.01.	18:00 Uhr	Sitzung Stadtratsfraktion, Parteibüro
31.01.	10:00 Uhr	Redaktionssitzung Klarsicht, Parteibüro
05.02.	10:00 Uhr	Theo-Neubauer-Ehrung, Tabarz



Die Zeit des Nationalsozialismus begann in Gotha bereits 1925 mit dem Einzug der NSDAP in den Stadtrat. 1930 wurde sie zur stärksten politischen Kraft und bestimmte bis 1945 das Schicksal Gothas und seiner Einwohner.

Der Vorsitzende des Vereins für Stadtgeschichte Matthias Wenzel präsentiert rund 180 zumeist unveröffentlichte historische Bilder aus seiner Sammlung sowie öffentlichen und privaten Archiven, die Gotha zwischen 1933 und 1945 zeigen.

Die einzigartigen Zeitdokumente bilden den trügerischen wirtschaftlichen Aufschwung mit dem Siedlungsbau, euphorische Aufmärsche im Zeichen des Hakenkreuzes und das Schicksal der jüdischen Bevölkerung ab, die spätestens ab 1933 massiven Verfolgungen ausgesetzt war.

An die Folgen des Kriegs, dem auch in Gotha Zwangsarbeiter und Zivilpersonen zum Opfer fielen, erinnern Aufnahmen der zerstörten Waggonfabrik, des Bahnhofs und der Innenstadt mit dem ausgebrannten Landestheater. Die kenntnisreich kommentierten Fotografien erlauben einen genaueren Blick auf ein bisher wenig beachtetes Kapitel der Gothaer Stadtgeschichte und vermitteln einen authentischen Eindruck vom Alltag in der NS-Diktatur und im Zweiten Weltkrieg.

Wenzel, M: Gotha 1933-1945 in Fotografien. Hardcover, Fadenheftung, 17 x 23,5 cm, 120 Seiten, Erfurt 2016, ISBN 978-3-95400-761-5, 19,99 Euro.

Ist doch klar(sicht) ...

Zankapfel Gebietsreform

„ ... und doch blieb es im Kern so, dass Ramelow die Versäumnisse der Vorgängeregierung um Christine Lieberknecht noch einmal benannte.“ (TLZ/5.12.2016, S. 1)

Die sollen die Kommunisten, die Sozis und die Körnerfresser ruhig mal ausbaden.



Foto: Iler

Der Wahlkampf hat begonnen

Am 25.11.2016 fand im Klub Galletti die Gesamtmitgliederversammlung des KV Gotha statt. Die Versammlung wählte 20 Vertreter*innen sowie sechs Ersatzvertreter*innen für die Vertreterversammlung zur Aufstellung der Direktwahlkreisbewerberin oder des Direktwahlkreisbewerbers im Bundestagswahlkreis 192 für den 19. Deutschen Bundestag der Partei DIE LINKE. Thüringen. Die Vertreterversammlung findet am 18.1.2017 um 18 Uhr im Ratskeller in Mühlberg, zusammen mit den Vertretern des Ilm-Kreises statt. Als Gast in der Gesamtmitgliederversammlung konnte die Genossin Judith Rüber aus Arnstadt begrüßt werden, die sich den Anwesenden vorstellte und ihre Bewerbung für das Direktmandat des Wahlkreises 192 bekannt gab. Weiterhin wurden fünf Vertreter für die besondere Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für den 19. Deutschen Bundestag der Partei DIE LINKE. Thüringen gewählt.

Glückwunsch an Heide Wildauer



Am 19. November 2016 wurden im Festsaal der Wartburg in Eisenach 12 Thüringerinnen und Thüringer mit der Thüringer Rose ausgezeichnet. Dieser Preis geht an Menschen, die sich seit Jahren überdurchschnittlich gemeinnützig und sozial engagieren. Heide Wildauer engagiert sich in besonderem Maße im Ehrenamt und wurde aus diesem Grund von der Sozialministerin Heike Werner mit der hohen Auszeichnung geehrt.

Foto: <https://www.paritaet-th.de/verband/arbeitsbereiche/ehrenamt/thueringer-rose...>

klarsicht

Herausgeber (V.i.S.d.P.): DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Blumenbachstr. 5; E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-gotha.de; Tel.: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64; Mobil: 0160/96639748; www.die-linke-gotha.de; Redaktion: E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de; Tel.: (03624) 31 32 97 und 31 75 58; Redaktionsmitglieder: Klaus Perlt (verantwortlicher Redakteur), Vera Fitzke, Joachim Thier-Ueltzen (Redakteure), Helga Oschütz (Lektorat); Satz und Layout: Wolfgang Möller; Erscheinungsweise: in der Regel monatlich; Redaktionsschluss: 15. des Vormonats; Zuschriften: bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder; Manuskriptänderungen ohne Sinnentstellungen sind möglich; Konto: Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, IBAN: DE49820641680002076616, BIC: GENODEF1GTH